

## Währungspläne für den europäischen Großraum Die Diskussion der nationalsozialistischen Wirtschaftsexperten über ein zukünftiges europäisches Zahlungssystem

### *1. Einleitung*

Als sich der Sieg der Wehrmacht gegen die französische Armee im Mai/Juni 1940 abzuzeichnen begann, setzte eine der euphorischsten Phasen der deutschen wirtschaftspolitischen Nachkriegsplanungen ein. Siegestrunken vom unerwartet schnellen Erfolg gegen den – laut militärischen Prognosen – stärksten Gegner auf dem europäischen Kontinent, legten wichtige Machtgruppen ihre Pläne für die von ihnen anvisierte Ordnung in Europa dar. Taktangebend waren einige zentrale Reichsbehörden sowie die Interessenvertretungen der deutschen Wirtschaft und die großen Konzerne selbst. Intern formulierten sie ihre Ziele in aller Deutlichkeit. Deshalb bilden gerade die geheimen Denkschriften, Memoranden und Besprechungsaufzeichnungen der Neuordnungsplanung des Jahres 1940 einen der bedeutendsten Quellenbestände, um eine Vorstellung von den Zielsetzungen der verschiedenen Machtgruppen im nationalsozialistischen Deutschland zu bekommen.

Der Schwerpunkt des Aufsatzes liegt auf der Darstellung der Diskussion um die zukünftige Währungspolitik, die eine zentrale Rolle bei der geplanten Neuordnung Europas spielte. Innerhalb des Deutschen Reiches standen hinsichtlich des angestrebten Zahlungssystems für das beherrschte Europa zwei unterschiedliche Konzeptionen im Raum. Ein maßgeblich vom Auswärtigen Amt getragener Vorschlag propagierte, die im Jahre 1940 besetzten Gebiete durch Währungsunionen wirtschaftlich eng ans Reich zu binden. Auf der anderen Seite stimmten das Reichswirtschaftsministerium und die Reichsbank entschieden gegen eine Einführung der Reichsmark in den besetzten Ländern. Sie forderten statt dessen den Ausbau des seit 1933 mit zunehmenden Erfolg erprobten Clearingsystems, für das die Erhaltung eigenständiger Währungen von zentraler Bedeutung war.

Den zeitgenössischen Kommentatoren der nationalsozialistischen Neuen Ordnung war die große Bedeutung des Währungs- und Zahlungssystems innerhalb der Planungen bewußt. So schrieb der wohl einflußreichste Wirtschaftstheoretiker der Zeit, John Maynard Keynes, 1940: »The most definite of the German plans, so far, is the currency scheme of Dr. Funk.«<sup>1</sup> Zudem merkte er an: »If Funk's plan is taken at

<sup>1</sup> John Maynard Keynes, Proposal to counter the German »New Order«, 1.12.1940, in: Donald Moggridge (Hg.), The collected writings of John Maynard Keynes; Vol. XXV: Activities 1940-1944, London 1980, S. 7-16, hier: S. 12. – Der folgende Aufsatz ist im wesentlichen eine Zusammenfassung der Ergebnisse meiner Magisterarbeit, die im Mai 2000 mit dem Titel »Neuordnungsplanung 1940/41. Die Diskussion um die Schaffung eines europäischen Großwirtschaftsraums unter besonderer Berücksichtigung der Beiträge der Abteilung »Vorbereitung und Ordnung« (VO) im Reichswirtschaftsministerium« bei der Universität Bremen eingereicht wurde.

its face value, it is excellent and just what we ourselves ought to be thinking of doing.«<sup>2</sup> Keynes erkannte schon 1940 den innovativen Charakter des mit dem Namen des Reichswirtschaftsministers Walther Funk verbundenen Clearingsystems, durch das die Nationalsozialisten den Zahlungsverkehr in Europa zu steuern gedachten. Er übernahm später wesentliche Bestandteile des Konzeptes in seine Überlegungen, die für die britischen Nachkriegsplanungen von enormer Bedeutung waren.<sup>3</sup>

Die Erkenntnis, daß Währungsfragen innerhalb der Neuordnungsplanung eine zentrale Rolle spielten und Teile des nationalsozialistischen Währungskonzeptes zur Beherrschung Europas in die Nachkriegsplanungen der Alliierten Einzug hielten, ging jedoch in der Nachkriegsforschung weitgehend verloren. Dies dürfte unter anderem daran liegen, daß die Forschung über die Neuordnungsplanung lange Zeit eine Domäne der marxistisch orientierten DDR-Historiker war.<sup>4</sup> Deren vorrangiges Interesse galt den Plänen der Privatwirtschaft.<sup>5</sup> Darüber hinaus jedoch fristeten Fragen der Währung auch in der marxistischen Wirtschaftswissenschaft eher ein Randdasein. Demgegenüber betonte der bundesdeutsche Wirtschaftswissenschaftler Ernst Wagemann, daß »währungspolitische Fragen [...] das Kernstück der Volkswirt-

- 2 John Maynard Keynes, Letter to Harold Nicolson v. 20.II.1940, in: Ebd., S. 1-3, hier: S. 2.
- 3 Vgl. Karl Heinz Roth, Vernichtung und Entwicklung. Die nazistische »Neuordnung« und Bretton Woods, in: Mitteilungen der Dokumentationsstelle zur NS-Sozialpolitik 4 (1985), S. 1-44, hier: S. 3 f. u. 16.
- 4 Die bundesdeutsche Forschung nahm weitgehend erst in den 1980er Jahren die Archivmaterialien und die DDR-Forschung zur Neuordnungsplanung zur Kenntnis. In den bis heute erschienenen Arbeiten werden zumeist einige Ergebnisse der Währungsdiskussion richtig wiedergegeben, doch wurden bisher nicht die unterschiedlichen Pläne den unterschiedlichen Fraktionen innerhalb Deutschlands zugeordnet, und die große Bedeutung der Währungspläne wurde außer Acht gelassen. Vgl. zum Beispiel Ludolf Herbst, Der Totale Krieg und die Ordnung der Wirtschaft. Die Kriegswirtschaft im Spannungsfeld von Politik, Ideologie und Propaganda 1939-1945, Stuttgart 1982, S. 127-167; Hans Umbreit, Auf dem Weg zur Kontinentalherrschaft, in: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg; Bd. 5: Organisation und Mobilisierung des deutschen Machtbereichs. Erster Halbband: Kriegsverwaltung, Wirtschaft und personelle Ressourcen 1939-1941, Stuttgart 1988, S. 3-347, bes.: S. 210-264; Richard J. Overy, The Economy of the German »New Order«, in: Ders., Gerhard Otto/Johannes Houwink ten Cate (Hg.), Die »Neuordnung« Europas. NS-Wirtschaftspolitik in den besetzten Gebieten, Berlin 1997, S. 11-28. Von Bedeutung ist des weiteren eine ältere Dissertation aus der Schweiz. Vgl. Jean Freymond, Le IIIème Reich et la réorganisation économique de l'Europe 1940-1942. Origines et Projets, Leiden/Genf 1974.
- 5 Vgl. dazu vor allem die ansonsten auch heute noch grundlegenden Arbeiten und Editionen von Dietrich Eichholtz und Wolfgang Schumann von denen nur die wichtigsten genannt seien: Dietrich Eichholtz, Die IG-Farben-»Friedensplanung«. Schlüsseldokumente der faschistischen »Neuordnung des europäischen Großraums«, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 3 (1966), S. 271-332; ders., Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft; Bd. 1: 1939-1941, Berlin (Ost) 1969; Wolfgang Schumann, Das Kriegsprogramm des Zeiss-Konzerns. Ein Beitrag zum Problem des staatsmonopolistischen Kapitalismus und der faschistischen Politik der »Neuordnung« Europas und Ostasiens während des zweiten Weltkrieges, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 4 (1963), S. 704-723; ders., Das Scheitern einer Zoll- und Währungsunion zwischen dem faschistischen Deutschland und Dänemark, in: Jahrbuch für Geschichte 9 (1973), S. 515-566.

schaftslehre bilden.«<sup>6</sup> Doch die Währungspolitik ist nicht nur für die Theorie von Bedeutung, sondern sie ist auch die wichtigste Schnittstelle zwischen ökonomischer und politischer Macht, woraus sich ihre besondere Rolle bei Annexions- und Anschlußplanungen ergibt.<sup>7</sup> Aber auch für den Außenhandel und die *terms of trade* sind Fragen der Währung und insbesondere des Außenkurses der Währung von kaum zu überschätzender Bedeutung. Ein zentrales Moment der zu erörternden Verfahren bildet die Möglichkeit, Handelswaren anderer Länder durch die Überbewertung der eigenen Währung kostengünstig zu erhalten. Vorteilhaft ist das Vorgehen aber nur, wenn die im Gegenzug teurer werdenden eigenen Waren trotzdem abgesetzt werden können oder die durch den geringeren Export entstehenden Schulden nicht gezahlt werden müssen. Beide Bedingungen konnten vom nationalsozialistischen Deutschland teilweise gegenüber anderen Länder durchgesetzt werden, wodurch es gelang, über währungspolitische Manipulationen Gütergewinne zu erzielen.

Im Folgenden wird zuerst ein kurzer Überblick der wichtigsten währungspolitischen Weichenstellungen seit 1930 gegeben, die zum Verständnis der Neuordnungsdebatten wesentlich sind. Anschließend wird der Verlauf der Entscheidungsfindung hinsichtlich der zu ergreifenden Währungspolitik gegenüber den besetzten Gebieten im Sommer 1940 analysiert.<sup>8</sup> Zum Schluß sind die gewonnenen Erkenntnisse in den Gesamtkontext der Planungen des Jahres 1940 zu stellen und zu prüfen, welche möglichen Modifizierungen sich aus den Ergebnissen gegenüber der bisherigen Forschung ergeben.

## 2. Südosteuropa als Experimentierfeld

Im Gefolge der Weltwirtschaftskrise nahm die Regierung Brüning eine grundsätzliche Wende in der deutschen Wirtschaftspolitik und die »Auflösung der deutsch-amerikanischen »Achse«<sup>9</sup> vor. Im Konsens mit der deutschen Wirtschaftselite begann die Abkehr Deutschlands von der Weltwirtschaft und insbesondere von den USA. Das nationale Interesse rückte sukzessive in den Mittelpunkt des neuen Kurses. Die geographische Lage im Zentrum des europäischen Kontinents legitimierte dabei propagandistisch das Bestreben nach einem Großwirtschaftsraum unter deutscher

- 6 Ernst Wagemann, Wagen Wägen Wirtschaften. Erprobte Faustregeln – Neue Wege, Hamburg 1954, S. 169. Auch wenn diese Aussage unter Wirtschaftswissenschaftlern umstritten bleiben wird, zitiere ich sie, weil der Autor, Ernst Wagemann, während des »Dritten Reiches« Leiter des Instituts für Konjunkturforschung war und selbst Vorschläge zur Neuordnungsplanung beitrug.
- 7 Vgl. Karl Heinz Roth, Anschließen, angleichen, abwickeln. Die westdeutschen Planungen zur Übernahme der DDR 1952-1990, Hamburg 2000, S. 62, sowie generell Jörg Roesler, Der Anschluß von Staaten in der Geschichte. Eine Untersuchung aus aktuellem Anlaß, Frankfurt am Main 1999.
- 8 Dabei betrachte ich auch Frankreich und Dänemark als besetzte Gebiete, obwohl sie im NS-Jargon nicht als solche galten.
- 9 Gilbert Ziebura, Weltwirtschaft und Weltpolitik 1922/24-1931. Zwischen Rekonstruktion und Zusammenbruch, Frankfurt am Main 1984, S. 157.

Führung. Im Rahmen der Kursänderung erfolgte die zunehmende Wendung des deutschen außenwirtschaftlichen Interesses auf den europäischen Kontinent und insbesondere auf Südosteuropa. Zudem kam es zu einer Veränderung der Methoden der Außenwirtschaft, die sich zunehmend von den Methoden des liberalen Handelsverkehrs entfernten und mit den Stichworten Devisenbewirtschaftung, Bilateralismus, Importlenkung und Exportförderung zusammengefaßt werden können.<sup>10</sup>

In der frühen Phase der nationalsozialistischen Herrschaft wurden diese Prinzipien weitgehend beibehalten und im Rahmen der Kriegsvorbereitung radikalisiert. Die beiden zentralen Etappen waren der 1934 ins Leben gerufene Neue Plan von Reichswirtschaftsminister Hjalmar Schacht, der die neue Außenwirtschaftspolitik zu einem ausgeklügelten System bündelte, und die Verkündung des Vierjahresplanes 1936, der zur endgültigen Unterstellung der Außenwirtschaftspolitik unter die Kriegsvorbereitung führte.<sup>11</sup> Die für die deutsche Außenwirtschaftspolitik bedeutendste Entscheidung war, daß Schacht und die NS-Führung beschlossen - wie zuvor Brüning - nicht den internationalen Währungsabwertungen seit der Weltwirtschaftskrise zu folgen und die Reichsmark international überbewertet zu lassen; eine Entscheidung, die bis 1945 nicht revidiert wurde. Dadurch waren deutsche Exportwaren international überbeuert und ohne staatliche Subventionen auf dem Weltmarkt nicht konkurrenzfähig. Gegenüber den westlichen Gläubigerländern erwies sich diese Politik, verknüpft mit der deutschen Weigerung, Schulden abzuführen, als wenig erfolgreich. Da Deutschland nicht in der Lage war, politischen Druck auf diese Länder auszuüben, behielten zum Beispiel die Niederlande einen Teil des Wertes der deutschen Warenlieferungen zur Schuldentrückzahlung ein, und nur ein Teil wurde in Form von Rohstoffen, die für die deutsche Rüstung dringlich waren, zurückgezahlt. So war der wesentliche Vorteil für Deutschland nur eine Verlangsamung der Schuldentrückzahlung, und insgesamt wurde das Verfahren gegenüber den westlichen Ländern bis Kriegsausbruch von den Experten als wenig vorteilhaft bewertet.<sup>12</sup>

Als erfolgreicher erwies sich die neue Außenhandelspolitik gegenüber Südosteuropa<sup>13</sup> und Lateinamerika<sup>14</sup>. Im Gefolge der Weltwirtschaftskrise waren die südosteuropä-

10 Vgl. Eckart Teichert, Autarkie und Großraumwirtschaft in Deutschland 1930-1939. Außenwirtschaftliche Konzeptionen zwischen Wirtschaftskrise und Zweitem Weltkrieg, München 1984.

11 Vgl. zur deutschen Außenwirtschaftspolitik von 1933-1939: Joachim Radkau, Entscheidungsprozesse und Entscheidungsdefizite in der deutschen Außenwirtschaftspolitik 1933-1940, in: Geschichte und Gesellschaft 2 (1976), S. 33-65; Teichert, Autarkie (wie Anm. 10); Dörte Doering, Deutsche Außenwirtschaftspolitik 1933-1935. Die Gleichschaltung der Außenwirtschaft in der Frühphase des nationalsozialistischen Regimes, Berlin 1969.

12 Vgl. zum Beispiel die Reichsbank-Denkschrift »Die Entwicklung des europäischen Verrechnungsverkehrs« v. September 1940, in: Bundesarchiv (BA) Berlin, R 2501/7017.

13 Zur Handelspolitik in Südosteuropa vgl. Hans-Jürgen Schröder, Deutsche Südosteuropapolitik 1929-1936. Zur Kontinuität deutscher Außenpolitik in der Weltwirtschaftskrise, in: Geschichte und Gesellschaft 2 (1976), S. 5-32; Bernd-Jürgen Wendt, Südosteuropa in der nationalsozialistischen Großraumwirtschaft. Eine Antwort auf Alan S. Milward, in: Gerhard Hirschfeld/Lothar Kettenacker (Hg.), Der »Führerstaat«: Mythos und Realität. Studien zur Struktur und Politik des Dritten Reiches, Stuttgart 1981, S. 414-427; Holm Sundhausen,

schen Länder schnell an den Rand ihrer Zahlungsfähigkeit gelangt. Um den völligen Ausverkauf des Landes zu verhindern, ordnete Ungarn am 23. Dezember 1931 als erster Staat ein absolutes Transfermoratorium an. Das hieß, daß sich die ungarische Regierung vorerst weigerte, ihre Schulden zu bezahlen. Diesem Beispiel folgten bald weitere südosteuropäische Länder. Um ihre Kredite zu sichern, griffen die Geberländer zum Zwangsclearing: Den südosteuropäischen Ländern wurden keine Lieferungen ohne Gegenlieferung mehr zugestanden, und ein Teil der südosteuropäischen Lieferungen wurde zum Schuldenabgleich benutzt. Für Deutschland war das Zwangs-clearing - ebenso wie für die anderen westlichen Länder - zu diesem Zeitpunkt eine defensive Maßnahme zur Sicherung der eigenen Kredite. Parallel dazu begannen Kreise der deutschen Industrie, insbesondere der Mitteleuropäische Wirtschaftstag,<sup>15</sup> sich mit der Frage zu beschäftigen, wie man Südosteuropa in stärkerem Maße als gesicherten Markt gewinnen könnte.

Bald wurde den deutschen Handels- und Finanzspezialisten bewußt, daß das ehemals defensive Clearing-Konzept zu einem System ausgebaut werden könnte, welches sich zum Vorteil Deutschlands auswirkt.<sup>16</sup> Die Überlegungen fanden systematischen Ausdruck im »Neuen Plan« von Schacht. Im Hinblick auf Südosteuropa besaß der Neue Plan besondere Bedeutung. Deutschland blieb dabei, mit den südosteuropäischen Ländern den Handel über bilaterale Clearingkonten zu verrechnen. Wenn zum Beispiel Ungarn mehr Güter nach Deutschland exportierte als umgekehrt, wurde die Differenz nicht mehr mittels einer Geldzahlung ausgeglichen, sondern durch den verstärkten Export deutscher Waren nach Ungarn. Um die Länder Südosteuropas enger an sich zu binden, ging man im Rahmen dieses Systems nun dazu über, große Teile des südosteuropäischen Exports zu über den Weltmarktpreisen liegenden Beträgen aufzukaufen. Deutschland kaufte insbesondere südosteuropäisches Getreide in

Wirtschaftsgeschichte Kroatiens im nationalsozialistischen Großraum 1941-1945. Das Scheitern einer Ausbeutungsstrategie, Stuttgart 1983.

14 Zur Handelspolitik in Lateinamerika immer noch am informativsten Hans-Jürgen Schröder, Die Vereinigten Staaten und die nationalsozialistische Handelspolitik gegenüber Lateinamerika 1937/38, in: Jahrbuch für Geschichte von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft Lateinamerikas 7 (1970), S. 309-370, sowie ders., Das Dritte Reich, die USA und Lateinamerika 1933-1941, in: Manfred Funke (Hg.), Hitler, Deutschland und die Mächte. Materialien zur Außenpolitik des Dritten Reiches, Stuttgart 1976, S. 339-364. Den deutschen Handelsspezialisten gelang es mit ihren neuen Währungs- und Handelsmechanismen Ende der 1930er Jahre den USA erhebliche Anteile am Handel in Lateinamerika streitig zu machen. Dies führte zu einer Untersuchung der »innovativen« deutschen Methoden durch US-Stellen und zum Teil zu deren Übernahme; ein Umstand der bis heute weitgehend unerforscht ist.

15 Vgl. Martin Seckendorf, Entwicklungshilfeorganisation oder Generalstab des deutschen Kapitals? Bedeutung und Grenzen des Mitteleuropäischen Wirtschaftstages, in: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts 8 (1993), H. 3, S. 10-33.

16 Karl Heinz Roth schreibt das Verdienst dieser Entdeckung dem Hamburger Außenhandelspezialisten Kurt Kroymann zu: Karl Heinz Roth, Ökonomie und politische Macht: Die »Fima Hamburg« 1930-1945, in: Angelika Ebbinghaus/Karsten Linne (Hg.), Kein abgeschlossenes Kapitel. Hamburg im »Dritten Reich«, Hamburg 1997, S. 15-176, hier: S. 34.

solchen Mengen auf, daß diese weit über den Eigenbedarf hinausgingen. Die überschüssigen Getreidemengen verkaufte man auf dem Weltmarkt zu besonders günstigen Konditionen. So erlitt man zwar Verluste, sorgte aber gleichzeitig dafür, daß andere Balkanexporteure, die nicht nach Deutschland verkaufen wollten, auf dem Weltmarkt nicht länger konkurrenzfähig waren. Aufgrund dieser strategischen Maßnahmen gelang es, die Landwirtschaft der südosteuropäischen Länder zunehmend an den deutschen Markt zu binden. Durch die großen Mengen und die hohen Preise der importierten Güter entstanden auf den bilateralen Konten erhebliche Guthaben zugunsten der südosteuropäischen Länder. Wollten die Länder Deutschland nicht unendlich Kredit einräumen, so blieb ihnen nur die Möglichkeit, in verstärktem Maße dort einzukaufen. Da sie gezwungen waren, zu importieren, konnte man ihnen veraltete Waren zu hohen Preisen verkaufen, die auf dem Weltmarkt als nicht mehr konkurrenzfähig galten.<sup>17</sup>

Um diese Politik in einem für Deutschland günstigen Sinne betreiben zu können, setzte man – im Gegensatz zu den anderen westlichen Nationen – auf die Strategie der Überbewertung der eigenen Währung. Die deutsche Kaufkraft, stieg und aufgrund des Clearingmechanismus waren die südosteuropäischen Länder gezwungen, ihre Waren über Deutschland zu beziehen, auch wenn sie über dem Weltmarktpreis gehandelt wurden. Allerdings muß angemerkt werden, daß der Hauptvorteil des Systems nicht in der Realisierung kurzfristiger ökonomischer Gewinne lag, sondern in den langfristig zu erwartenden politischen und ökonomischen Gewinnen, die eine verstärkte Abhängigkeit der anderen Länder mit sich brachte. So gelang es, einen immer größeren Anteil am Außenhandel der südosteuropäischen Länder zu besetzen und eine zunehmende politische Abhängigkeit aufzubauen.<sup>18</sup> Der Autor der grundlegendsten zeitgenössischen Studie über die deutsche Wirtschaftspolitik in Südosteuropa, Howard S. Ellis, faßte seine Erkenntnisse wie folgt zusammen:

»I am inclined to believe that the political and economic powers of the National Socialist state would regard the nice calculations of economic pro's and con's with ironical amusement, knowing full well their complete irrelevancy. Even if the case were conclusive to these authorities that exchange control entailed net economic losses, it would have been retained. [...] The institution persisted because it was an instrument par excellence of political power – political power not only over the states but equally significant over vested economic interests within the country. The National Socialist state developed this totalitarian instrument to one of its most formidable weapons.«<sup>19</sup>

17 Bernd-Jürgen Wendt nennt beispielsweise die hohen Preise für veraltete Rüstungsmaterialien, die nach Bulgarien exportiert wurden. Vgl. Wendt, Südosteuropa (wie Anm. 13), S. 419.

18 Die Versuche südosteuropäischer Politiker, sich aus der deutschen Umklammerung zu befreien, scheiterten zumeist. Die wesentlichen Gründe hierfür waren, daß weder England noch Frankreich bereit waren, von ihrer Politik abzugehen, ausschließlich zu Weltmarktpreisen zu kaufen und daß die Bauern in den südosteuropäischen Ländern den Großteil der Wähler stellten und diese mit der deutschen Hochpreispolitik zufrieden waren.

19 Howard S. Ellis, Exchange Control In Central Europe, Cambridge 1941, S. 289. Den von Ellis bemerkten Fehler, die NS-Strategie ausschließlich an direktem ökonomischen Gewinn zu

Dieser bedeutenden Waffe bedienten sich die deutschen Handelsexperten, nachdem sie strategisch wichtige Teile Europas militärisch in die Hand bekommen hatten. Doch zunächst soll ein kurzer Überblick zum unterschiedlichen währungspolitischen Umgang mit den eroberten Gebieten bis zum Sommer 1940 gegeben werden, da die gewonnenen Erfahrungen zum Teil prägend für die Einstellung bestimmter Akteure und Gruppen in der späteren Diskussion waren.

### 3. Eroberung und Währungspolitik

Das erste Land, welches in deutsche Hände fiel, war Österreich. Dort entschloß man sich aufgrund der politischen Zielsetzung, die ein sofortiges Aufgehen des Landes im Deutschen Reich vorsah, die Reichsmark schnellstmöglich einzuführen. Dafür wurde ein Wechselkurs von 1 Schilling = 0,47 Reichsmark festgelegt.<sup>20</sup> Der gewählte Kurs entsprach einer dreißigprozentigen Aufwertung des Schillings gegenüber dem letzten amtlichen Kurs.<sup>21</sup> Die Aufwertung des Schillings hatte für die Bürger Österreichs den Vorteil, daß die Sparguthaben aufgewertet wurden und die Löhne sofort mit den Preisen stiegen. Für die österreichische Wirtschaft hatte die Aufwertung negative Folgen. Sie führte dazu, daß sich die österreichischen Waren im Ausland verteuerten und

messen, begingen viele zeitgenössische Freihandelstheoretiker und später in Anlehnung an sie. Alan S. Milward. Milward ging in seiner ökonomistischen Betrachtung soweit, zu behaupten, daß die südosteuropäischen Länder Deutschland ausgebeutet hätten; vgl. Alan S. Milward, The Reichsmark Bloc and the International Economy, in: Hirschfeld/Kettenacker, Der Führerstaat (wie Anm. 13), S. 377-413. Der Kritik von Wendt, Südosteuropa (wie Anm. 13) an Milward ist noch hinzuzufügen, daß ein Blick auf die Quellen zur Neuordnungsplanung schnell deutlich macht, daß die deutschen Spezialisten mit ihrer Politik in Südosteuropa hochzufrieden waren, während sich die Südosteuropäer lange Zeit bemühten, den deutschen Zugriff zu lockern. Vgl. des weiteren hierzu, wenn auch stark propagandistisch motiviert, Paul Einzig, Bloodless Invasion. German Economic Penetration into the Danubian States and the Balkans, London 1938. Zur britischen Rezeption des deutschen Vorgehens vgl. Bernd-Jürgen Wendt, Economic Appeasement. Handel und Finanz in der britischen Deutschland-Politik 1933-1939, Düsseldorf 1971.

20 Vgl. Karl Stuhlpfarrer, Der deutsche Plan einer Währungsunion mit Österreich, in: Anschluß 1938. Protokoll eines Symposiums in Wien vom 14./15.3.1978, München 1981, S. 271-294; Hans Kehrl, Krisenmanager im Dritten Reich. 6 Jahre Frieden – 6 Jahre Krieg. Erinnerungen, Düsseldorf 1973, S. 118-138; Karl Heinz Roth, Krieg vor dem Krieg: Die Annexion Österreichs und die Zerschlagung der Tschechoslowakei 1938/39, in 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts 16 (2001), H. 1, S. 14-48. Wie bedeutsam die Kursfrage war, erkennt man unter anderem an der Tatsache, daß sie in der Kabinettsitzung, die sich mit der Eingliederung Österreichs ins Deutsche Reich beschäftigte, der erste Programmpunkt der Tagesordnung war.

21 Die treibende Kraft hinter dieser Aufwertungspolitik war die Göringsche Vierjahresplanbehörde, die jedoch in ihren Plänen von den meisten Ministerien unterstützt wurde. Stärkster Opponent war Reichswirtschaftsminister Schacht, der bei der Durchsetzung der Pläne eine zunehmende Konkurrenzunfähigkeit und einen Ausverkauf der österreichischen Industrie befürchtete.

oftmals ihre Konkurrenzfähigkeit einbüßten. Zusätzlich drängten deutsche Waren ungehindert auf den österreichischen Markt, die durch die Währungsrelation einen preismäßigen Vorteil gegenüber den österreichischen Produkten hatten. Insgesamt schwächte der gewählte Umrechnungskurs die Marktposition der österreichischen Wirtschaft erheblich: Viele Industriebetriebe wurden ein leichtes Opfer der kapitalstarken und kaufwilligen Konkurrenz aus dem »Altreich«.

Eine ähnliche Politik verfolgte die erneut federführende Vierjahresplanbehörde bei der in mehreren Schritten verlaufenden Aufteilung der Tschechoslowakei. Das Sudetenland wurde dem Reich – ähnlich wie Österreich – sofort einverleibt. Die infolgedessen aus dem Verkehr gezogene tschechische Krone wurde um 35 Prozent überbewertet.<sup>22</sup> Der gleiche Wechselkurs wurde für die aus der Zergliederung der »Rest-Tschechoslowakei« entstandenen Gebilde, dem »Protektorat Böhmen und Mähren« und dem Satellitenstaat Slowakei, veranschlagt. Im Protektorat wurde die Reichsmark neben der im Zahlungsverkehr belassenen Krone zum offiziellen Zahlungsmittel. Während die Devisengrenze auf diese Weise sofort abgeschafft wurde, blieben die Zollgrenzen noch eine Zeitlang bestehen. Die Zollunion mit dem Protektorat wurde erst am 1. Oktober 1940 vollzogen. Außer der Festlegung des Wechselkurses blieb das weitere wirtschaftspolitische Vorgehen gegenüber der Slowakei zunächst in der Schwebe und wurde in der Auseinandersetzung über die Neuordnung im Sommer 1940 erneut zum Thema.

Ebenfalls von Bedeutung waren die Erfahrungen, die insbesondere die Reichsbank im besetzten polnischen Gebiet machte. Vom Oberbefehlshaber des Heeres wurde die Reichsmark am 11. September 1939 neben dem polnischen Zloty als offizielle Währung eingeführt. Das Vorgehen führte jedoch zu einer Ausweitung des Umlaufs deutscher Geldnoten über das innerhalb künftiger Reichsgrenzen liegende Gebiet hinaus. Die Reichsbank befürchtete inflationäre Rückwirkungen und eine Belastung ihres Status.<sup>23</sup> Aus diesen Gründen entschlossen sich die deutschen Stellen innerhalb kürzester Zeit, die Reichsmark in den nicht mit hundertprozentiger Sicherheit in das Reich zur Eingliederung vorgesehenen polnischen Gebieten wieder aus dem Verkehr zu ziehen. Für das restliche polnische Gebiet unter deutscher Besatzung wurde der Einsatz von Reichskreditkassenscheine entschieden. Die Scheine waren ursprünglich zum Einsatz im Reich selbst vorgesehen.<sup>24</sup> Da die Ausgabe im Reich unterblieb, konnten sie nun in den außerhalb der neuen Reichsgrenzen verbleibenden polnischen Gebieten als Zahlungsmittel eingeführt werden, während sie im deutschen Inland nicht als solches anerkannt waren. Somit wurden inflatorische Rückwirkungen effizienter ausgeschaltet, als es bei der Einführung der Reichsmark der Fall war.<sup>25</sup>

22 Vgl. Roth, Krieg (wie Anm. 20), S. 30–35; Kehrl, Krisenmanager (wie Anm. 20), S. 156–170.

23 Vgl. Manfred Oertel, Über die Reichsbank im zweiten Weltkrieg, Rostock 1979 (Diss. Uni Rostock), S. 68, sowie Max Kretschmann, Reichskreditkassenscheine als Truppengeld, in: Die Bank, Jg. 1940, S. 584–587, hier: S. 584.

24 Vgl. Oertel, Reichsbank (wie Anm. 23), S. 69, sowie Kretschmann, Reichskreditkassenscheine (wie Anm. 23), S. 584.

25 Vgl. ebd., S. 587.

Nach Beendigung der Kampfhandlungen wurden auch Westpreußen und das sogenannte Wartheland in das Reichsgebiet einverleibt. Dort wurden die eingerichteten Reichskreditkassen in Reichsbankstellen umgewandelt und die Reichsmark als Zahlungsmittel eingeführt. Czeslaw Madajczyk kommt zu dem Ergebnis, daß der hier gewählte Wechselkurs eine leichte Überbewertung der Reichsmark bedeutete. Hier wurde also eine andere Politik als bei den zuvor eingegliederten Gebieten betrieben.<sup>26</sup> Das restliche besetzte polnische Gebiet (»Generalgouvernement«) wurde Generalgouverneur Hans Frank unterstellt und nicht ins deutsche Währungsgebiet einbezogen. Der Zloty blieb das Hauptzahlungsmittel, allerdings wurden neue Noten ausgegeben, die zwar den Namen »Zloty« behielten, aber anders aussahen als die alten Noten. Die Reichskreditkassenscheine wurden allmählich aus dem Verkehr gezogen, blieben aber vorerst offizielles Zahlungsmittel.<sup>27</sup> Die zu der Zeit im Exil in London verweilende Direktion der Bank Polski wurde von den deutschen Besatzern zwar als Repräsentant des polnischen Emissionsinstituts anerkannt, die Wiederaufnahme ihrer Tätigkeit im Generalgouvernement wurde ihr allerdings nicht gestattet.<sup>28</sup> Statt dessen gründeten die deutschen Behörden ein neues polnisches Emissionsinstitut für das Generalgouvernement. Man entschied sich, die Abhängigkeit des polnischen Instituts von der Reichsbank nicht schriftlich zu fixieren, sondern einen deutschen Kommissar beizuordnen, der rein rechtlich kaum Einfluß hatte, de facto aber alleinige Entscheidungskompetenz besaß.<sup>29</sup>

Bei den 1940 eroberten nord- und westeuropäischen Staaten war bis zum Sommer 1940 aus währungspolitischer Sicht die bedeutendste Maßnahme, daß den deutschen Soldaten Reichskreditkassenscheine mitgegeben wurden, mit denen sie in den besetzten Gebieten einkaufen konnten. Reichsbankdirektor Max Kretschmann umschrieb die Funktion der Scheine wie folgt: »Sie haben die Finanzierung der Geldversorgung der deutschen Truppen unter Schonung der Währung des Reiches wie unter Anpassung an die Kräfte des fremden Landes in das besetzte Gebiet verlegt und so dazu beigetragen, daß die Wirtschaftsreserven dieser Gebiete im Rahmen des Möglichen in den Kampf um den deutschen Sieg eingespannt werden.«<sup>30</sup> Aufgabe der Scheine war es mithin, den Vormarsch und die Versorgung der Wehrmacht aus den Mitteln der eroberten Gebiete zu bestreiten. In Dänemark und Norwegen wurden hierzu keine eigenen Reichskreditkassen eröffnet, weil sich beide Nationalbanken zur engen

26 Vgl. Czeslaw Madajczyk, Die Okkupationspolitik Nazideutschlands in Polen 1939–1945, Berlin (Ost) 1987, S. 603, sowie einen Artikel in der Frankfurter Zeitung v. 9.6.1940, in dem bei der Abwertung der Reichsmark in den eingegliederten Gebieten Eupen, Malmedy und Moresnet festgestellt wird, daß dieselbe Politik auch in Österreich und im Sudetenland verfolgt wurde. Von den eingegliederten polnischen Gebieten wird dies nicht gesagt.

27 Vgl. Oertel, Reichsbank (wie Anm. 23), S. 73.

28 Vgl. Madajczyk, Okkupationspolitik (wie Anm. 26), S. 604.

29 Vgl. Oertel, Reichsbank (wie Anm. 23), S. 77 f. Die Konstruktion erwies sich als so erfolgreich, daß später in den meisten besetzten Gebieten der Leitung der Notenbanken bzw. der Emissionsinstitute ein deutscher Kommissar beigegeben wurde.

30 Max Kretschmann, Die Reichskreditkassen, in: Hans Frank (Hg.), Deutsche Geldpolitik, Berlin 1941, S. 113–160, hier: S. 139.

Zusammenarbeit mit der Reichsbank bereit erklärten. In den Niederlanden und Belgien wurden nur für kurze Zeit eigene Reichskreditkassen errichtet, die aber bald wieder aufgelöst wurden. In den Niederlanden erwies sich die Nationalbank als kollaborationswillig und wurde im Amt belassen.<sup>31</sup> In Belgien, wo ein Großteil des Personals der Nationalbank geflohen war, entschieden sich die deutschen Stellen dagegen innerhalb kürzester Zeit, ein Emissionsinstitut nach dem Vorbild des polnischen Instituts im Generalgouvernement zu errichten. Eine langfristige Funktion hatten die Reichskreditkassenscheine nur in Frankreich, wo in der gesamten Besatzungszeit acht Reichskreditkassen bestehen blieben. Das geschah vor allem, weil man der im Amt verbliebenen Bank von Frankreich aus politischen Gründen keine Hoheit über die eigene Währung zugestand.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß die deutschen Stellen in den zur Einbeziehung ins deutsche Reich vorgesehenen Gebieten innerhalb kürzester Zeit die Reichsmark einführten und gegenüber dem aktuellen Kurs unterbewerteten.<sup>32</sup> In den nicht zur Eingliederung vorgesehenen Gebieten wurde die Reichsmark nur in Form von Reichskreditkassenscheinen eingesetzt und die nationale Währung blieb das Hauptzahlungsmittel. Für deren Ausgabe waren die Nationalbanken oder auf Initiative der Deutschen gegründete Emissionsinstitute zuständig, die von deutschen Kommissaren beaufsichtigt wurden. Damit waren aber wesentliche Fragen einer künftigen Währungspolitik in den besetzten Gebieten noch nicht entschieden. Geklärt wurde das weitere währungspolitische Vorgehen erst im Rahmen der im Sommer 1940 auf breiter Basis einsetzenden Neuordnungsplanungen. Um die Zuständigkeit für die Planungen entbrannte ein Kampf zwischen verschiedenen Behörden.

#### 4. Währungsplanungen für die »Neue Ordnung«

##### 4.1. Zuständigkeit und Ausgangspositionen

Im Mai/Juni 1940 bemühten sich das Auswärtige Amt, das Reichswirtschaftsministerium und Werner Daitz als Präsident der Gesellschaft für europäische Wirtschaftsplanung und Großraumwirtschaft e.V. Weisungsbefugnisse für die Neuordnungsplanung zu erhalten. Nachdem das Auswärtige Amt und Reichswirtschaftsministerium das Ansinnen von Daitz gemeinsam zurückgewiesen hatten, entbrannte zwischen den beiden Ministerien ein Kampf um die Zuständigkeit. Dem Reichswirtschaftsministerium gelang es schließlich die Unterstützung Görings und großer Teile der Reichs-

31 Als deutscher Kommissar wurde der Niederländischen Bank am 18.5.1940 Helmuth Wohlthat von der Vierjahresplanbehörde beigeordnet. Zum neuen Chef der Niederländischen Bank ernannten die deutschen Besatzer den niederländischen Nationalsozialisten Rost van Tonningen. Vgl. Correspondentie van Mr. M. M. Rost van Tonningen, Deel I: 1921- Mei 1942. Ingeleid en uitgegeven door Drs. E. Fraenkel-Verkade in samenwerking met A. J. van der Leeuw, 's-Gravenhage 1967; Deel II: Mei 1942 - Mei 1945. Ingeleid en uitgegeven door David Barnouw, Zutphen 1993.

32 Eine Ausnahme bildeten die polnischen Gebiete, die ins Reich eingegliedert wurden.

gruppe Industrie zu erlangen. Im Juni/Juli 1940 kam es zu einem erbitterten Streit zwischen Görings Vierjahresplanbehörde und dem Auswärtigen Amt, aus dem Göring als klarer Sieger hervorging. Er sicherte nicht nur dem Reichswirtschaftsministerium die Zuständigkeit für die Neuordnungsplanung, sondern konnte zugleich durchsetzen, daß er die Entscheidungsgewalt über wirtschaftliche Maßnahmen in den besetzten Gebieten erhielt.<sup>33</sup> Die einzige Ausnahme bildete Dänemark, wo das Auswärtige Amt die Entscheidungsgewalt erringen konnte. Das Reichswirtschaftsministerium begann nun Strukturen aufzubauen, mit denen es die ihm zugewiesene Aufgabe bewältigen konnte. Insbesondere der auserkorene Leiter der Neuordnungsplanung im Reichswirtschaftsministerium, Ministerialdirigent Gustav Schlotterer,<sup>34</sup> begann Experten im »Schlotterer-Ausschuß«<sup>35</sup> um sich zu versammeln, in dem man sich zuerst mit Fragen der zukünftigen Währungspolitik beschäftigte. Bevor den Diskussionsprozessen im Schlotterer-Ausschuß nachgegangen wird, sollen kurz die Ausgangspositionen wichtiger Institutionen und Akteure vor dem Einstieg in den Diskussionsprozeß aufgezeigt werden.

33 Der Verlauf der Auseinandersetzungen zwischen Reichswirtschaftsministerium, Vierjahresplanbehörde und Auswärtigem Amt im Sommer 1940 wurde in der bisherigen Forschung noch nicht umfassend beschrieben. Am detailliertesten bisher anhand des Beispiels Frankreich: Hermann Böhme, Der deutsch-französische Waffenstillstand im Zweiten Weltkrieg. Erster Teil: Entstehung und Grundlagen des Waffenstillstandes von 1940, Stuttgart 1966, S. 191-200. Ansonsten verweise ich auf die längere Darstellung in meiner Magisterarbeit (wie Anm. 1), S. 41-46.

34 Gustav Schlotterer wurde am 1.3.1906 als Sohn eines Bäckermeisters im württembergischen Biberach am Riß geboren. Er trat bereits 1923 als Banklehrling in die NSDAP ein. Der Lehre folgten ein Studium an der Handelshochschule Mannheim und der Universität Tübingen, wo er 1930 seine Promotion über das Marx'sche Akkumulationsgesetz abschloß. 1931 zog er nach Hamburg, wo er Wirtschafts- und später Chefredakteur der lokalen NSDAP-Zeitung wurde. Nach der »Machtergreifung« stieg Schlotterer zum Präsidenten der Hamburger Wirtschaftsbehörde auf. 1935 wechselte er in die Außenwirtschaftsabteilung des Reichswirtschaftsministeriums und wurde dort 1938 stellvertretender Leiter der Hauptabteilung, was ihn de facto zum Kopf der Hauptabteilung machte, da sein Vorgesetzter keinerlei wirtschaftlichen Sachverstand besaß. Nach der Koordinierung der Neuordnungsplanung wurde Schlotterer 1941 die zentrale Figur des Reichswirtschaftsministeriums bei der wirtschaftlichen Ausbeutung der Sowjetunion. Bei Kriegsende wurde Schlotterer inhaftiert, doch gelang es ihm trotz seines frühen Parteieintrittes und seines umfangreichen Einflusses als »unbelastet« entnazifiziert zu werden. Anschließend machte er als Prokurist beim Flick-Konzern und später als selbständiger Stahlhändler, vor allem im Iran-Geschäft, Nachkriegskarriere. Er verstarb 1989 in Düsseldorf.

35 Die Bezeichnung des Gremiums folgt der Benennung der Reichsbankbeamten, die Protokolle der Sitzungen des Ausschusses anfertigten. Die für die Neuordnungsplanung im Reichswirtschaftsministerium gegründete Abteilung Vo konstituierte sich entgegen der Vermutungen der bisherigen Forschung erst Ende Juli 1940, als wesentliche Entscheidungen über die künftige Währungspolitik im Reichswirtschaftsministerium bereits getroffen waren. Zudem hieß die Abteilung nicht - wie von der Forschung angenommen - VO (Vorbereitung und Ordnung) sondern Vo. Vgl. hierzu die längere Darstellung in meiner Magisterarbeit (wie Anm. 1), S. 46-51.

Die Position Schlotterers vor der ersten Sitzung des Schlotterer-Ausschusses zu Währungsfragen läßt sich in groben Zügen aus zwei seiner Vorträge und einem Gespräch mit einem Reichsbankdirektor rekonstruieren. Demnach war Schlotterer schon im Juni ein entschiedener Gegner einer Abwertung der Reichsmark gegenüber dem Dollar und zudem gegen eine zügige Installation von Währungs- und Zollunionen mit den besetzten nord- und westeuropäischen Staaten. Hinsichtlich anderer Fragen zu Währungs- und Zahlungsabkommen war Schlotterers Position dagegen anscheinend noch nicht festgelegt und entwickelte sich zum Teil erst in den späteren Diskussionen.<sup>36</sup> Mit den am exaktesten ausgearbeiteten Vorstellungen hinsichtlich einer zukünftigen Währungsordnung in Europa gingen die Spezialisten der Reichsbank in die Verhandlungen. Von herausragender Bedeutung war eine im Auftrag von Reichswirtschaftsminister und Reichsbankpräsidenten Funk verfaßte Denkschrift eines Mitarbeiters der Volkswirtschaftlichen Abteilung der Reichsbank mit dem Titel »Probleme der äußeren Währungspolitik nach Beendigung des Krieges«.<sup>37</sup> Die dort vertretenen Auffassungen lassen sich wie folgt zusammenfassen: Die deutsche Notenbank favorisierte eine Fixierung der Wechselkurse der Währungen im europäischen Großraum. Langfristig sollten die Maßnahmen die Schaffung einer Währungs- und

36 Vgl. Aufzeichnung des Reichsbankdirektors Eicke über einen Vortrag Schlotterers vor den Leitern der Prüfungsstellen am 14.6.1940, BA Berlin, R 2501/6612, Bl. 21-29; Einschreiben von Krupp-Direktor Janssen an Krupp-Vorstand Löser über einen Vortrag Schlotterers vor dem Außenhandelsausschuß der Reichsgruppe Industrie am 19.6.1940, Staatsarchiv (StA) Nürnberg, KV-Anklage, NIK-12050; Aufzeichnung Eicke über ein Gespräch mit Schlotterer v. 2.7.1940, BA Berlin, R 2501/7017, Bl. 99-105. Am Inhalt der Dokumente vorbei geht Willi A. Boelcke, Die »europäische Wirtschaftspolitik« des Nationalsozialismus, in Historische Mitteilungen 5 (1992), S. 194-232, hier: S. 222, der Schlotterers Vortrag vor dem Außenhandelsausschuß der Reichsgruppe Industrie am 19.6., bei dem er keineswegs für eine rasche Währungsunion optierte, als Initiative der Reichsgruppe Industrie zur Herstellung einer Währungsunion deutet.

37 Der Denkschrift v. 20.6.1940 wurde in der bisherigen Forschung kaum Beachtung geschenkt. Lediglich Oertel mißt ihr größere Bedeutung zu. Er vergleicht die Aussagen der Denkschrift mit den zentralen Aussagen Funks, die er später auf der Chefbesprechung am 22.7. und im Pressevortrag am 25.7. äußerte. Oertel kommt zu dem Ergebnis, daß die entscheidenden währungspolitischen Äußerungen Funks in der Denkschrift der Reichsbank bereits formuliert wurden. Einzig der vierte Punkt der Denkschrift »Der Außenwert der Reichsmark wird den internationalen Preisverhältnissen angeglichen«, der eine Abwertung der Reichsmark gegenüber dem Dollar vorschlug, sei in Funks Äußerungen verworfen worden. Oertel übersieht jedoch, daß in der betreffenden Akte zwei Fassungen der Denkschrift existieren und eben jener Punkt vier in der zweiten Fassung gestrichen wurde (vgl. BA Berlin, R.2501/7015). Die erste Fassung, die Oertel, Reichsbank (wie Anm. 23), S. 127-135, bearbeitet hat, findet sich auf den Bl. 49-65. Auch in der Dokumentenedition von Reinhard Opitz (Hg.), Europastrategien des deutschen Kapitals, Köln 1977, in der die Denkschrift in Ausschnitten wiedergegeben wird, wird die erste Fassung benutzt. Die zweite Fassung, die im Gegensatz zur ersten Fassung auch ein gedrucktes Datum besitzt, findet sich auf den Bl. 66-82. Die Kenntnis von der Existenz der zweiten Fassung wertet die Bedeutung der Denkschrift noch einmal auf. Sie war tatsächlich in allen wesentlichen Teilen die Vorwegnahme der Rede Funks am 25.7.

Zollunion innerhalb Europas einleiten. Zunächst erschien es den Fachleuten aber sinnvoller, daß die einzelnen Länder ihre eigenen Währungen behielten. Die besetzten Länder sollten zu einer Politik der Kreditausweitung und zur Erhöhung des Notenumlaufs gebracht werden. Einzelne Referenten der Volkswirtschaftlichen Abteilung hielten – besonders im Hinblick auf den Handel außerhalb des Großraumes – eine Abwertung der Reichsmark für sinnvoll. Diese Ansicht wurde jedoch von der Führung der Reichsbank als in der aktuellen Situation wenig vorteilhaft abgelehnt. Die Frage nach der Bedeutung des Goldes im Wirtschafts- und Handelssektor war innerhalb der Reichsbank umstritten. In der erörterten Denkschrift fungierte das Gold als Mittel zum Spitzenausgleich und Währungsmaßstab in der Wirtschaft; innerhalb des deutschen Großwirtschaftsraumes sollte es allerdings eine möglichst untergeordnete Rolle spielen. Reichsbankrat Schramke vertrat hingegen die Meinung, daß Gold als Mittel der Regulation des Wirtschaftssystems gänzlich entbehrlich sei. Diese Position wurde jedoch zurückgewiesen. Ein Vorgesetzter Schramkes hielt die Ausführungen für einseitig.<sup>38</sup> Es ist also davon auszugehen, daß die Reichsbankführung die Golddeckung – zumindest was die nahe Zukunft betraf – für unverzichtbar hielt.

Die Vierjahresplanbehörde, die für die meisten der besetzten nord- und westeuropäischen Gebiete die Entscheidungsgewalt über wirtschaftliche Maßnahmen gewonnen hatte, war bis dahin vor allem bei der schnellen Einführung der Reichsmark in den zur Eingliederung ins Reich vorgesehenen Gebieten in Erscheinung getreten. Die gemachten Erfahrungen führten dazu, daß die Vierjahresplanbehörde auch in den besetzten nord- und westeuropäischen Ländern eine schnelle Einführung der Reichsmark befürwortete. In dem Sinne verstand jedenfalls die Reichsbank eine Denkschrift des Staatssekretärs der Vierjahresplanbehörde, Erich Neumann, in der der vorschlug, die Reichskreditkassenscheine unter Aufhebung der festgesetzten Umtauschrelationen in den besetzten Gebieten zum gesetzlichen Zahlungsmittel zu erheben.<sup>39</sup> Das Auswärtige Amt sprach sich in seinen Denkschriften für eine möglichst schnelle Schaffung von Währungs- und Zollunionen mit den besetzten nord- und westeuropäischen Gebieten aus. Im Mai/Juni 1940 läßt sich eine Bevorzugung dieser Vorgehensweise nur beim Auswärtigen Amt nachweisen.<sup>40</sup>

38 Vgl. die Denkschrift Zur Frage der Neuordnung der deutschen Währung nach dem Kriege unter besonderer Berücksichtigung des Goldproblems v. 4.7.1940, BA Berlin, R 2501/7015, Bl. 224-234. Die handschriftliche Bemerkung, die besagt, daß die Arbeit nicht weitergegeben wird, befindet sich auf der ersten Seite der Denkschrift.

39 Die Reichsbank kritisierte den Vorschlag Neumanns scharf, weil sie davon ausging, daß es in den besetzten Gebieten bald zu einer Abwertung der einheimischen Währungen kommen würde und es nicht gut wäre, die Reichsmark vor dem Ende dieses Prozesses in den Ländern einzuführen. Vgl. Stellungnahme der Reichsbank zum Neumann-Vorschlag v. 19.6.1940, BA Berlin, R 2501/7013, Bl. 129-132.

40 Aufzeichnung des Gesandten Carl Clodius betreff Gesichtspunkte für die wirtschaftliche Gestaltung des Friedens v. 30.5.1940, in: Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik (ADAP), Serie D; Bd. IX.2, Dok. 354, S. 390-395; Aufzeichnung des Botschafters Karl Ritter v. 1.6.1940, in: Ebd., Dok. 367, S. 407-411.

